

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, sehr geehrte Damen und Herren,

Bundesbildungsministerin Schavan

die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Annette Schavan war an diesem Montag zu Gast in Erlangen. Bei ihrer Rede zu wichtigen Punkten für die Zukunft von Bildung und Wissenschaft hat sie dabei auch den Aspekt der Internationalisierung hervorgehoben. Im Hinblick auf die Situation junger Forscher und die Problematik mit einer Arbeitserlaubnis hat sie den gesagt,

„dass es wichtig ist einen einladenden Weg zu schaffen in Deutschland zu bleiben – einladend und nicht nur ermöglicht! „

Genau das gilt auch für Studierende, denn ein internationaler Austausch ist nicht nur mit einem abgeschlossenen Studium wichtig, sondern auch schon währenddessen.

Wissenschaftsministerium

Auf der Internet-Seite des Bayerischen Wissenschaftsministeriums ist unter dem Punkt „Internationales“ folgender Satz zu lesen:

„In diesem Kontext sind verstärkte Anstrengungen um einen lebendigen wissenschaftlichen und kulturellen Dialog unverzichtbar. Daher fördert das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst schon seit Jahren gezielt die Zusammenarbeit und den Austausch in Studium, Lehre, Forschung und Kultur auf internationaler Ebene.“

Zukunft Bayern 2020

Das Gutachten „Zukunft Bayern 2020“ hebt auch die besondere Bedeutung eines interkulturellen Austauschs, im Schul-, Hochschul-Forschungs- und Wirtschaftsbereich hervor. Dieser soll durch vielfältige Maßnahmen auch aktiv gefördert werden.

Realität:

Das bisher gesagte lässt also eine gute Situation für ausländische Studierende vermuten. Aber gerade das ist nicht der Fall, leider sieht die Praxis anders aus! Besonders betroffen sind Studierende, die aus Staaten ausserhalb der EU zu uns nach Deutschland gekommen sind:

Die Einführung von Studiengebühren im letzten Jahr stellt einige vor große finanzielle Probleme: Das Gesetz lässt nicht zu, dass sie einen Bildungskredit aufnehmen können. Einige haben aufgrund der unterschiedlichen Lohnniveaus in den jeweiligen Ländern auch nicht die Möglichkeit sich das Studium von der Familie finanzieren zu lassen. Die Arbeitsmöglichkeiten sind auch eingeschränkt.

Wir von der Studierendenvertretung sehen hier ganz klar die Politik in der Pflicht. Wir hatten die Problematik schon im vergangenen Jahr im Ministerium vorgebracht, es wurde aber seitdem nichts verändert.

Es liegt an der Politik die Forderung nach Internationalisierung auch mit tatsächlichen Maßnahmen zu untermauern!

Es kann nicht sein dass das Ministerium mit dem Verweis auf die Hochschul-Autonomie das bayernweite Problem auf die einzelnen Hochschulen abwälzt.

In Baden-Württemberg wurden auch allgemeine Studiengebühren eingeführt, dort gibt es aber die Regelung dass Studierende aus dem Ausland die ihr Studium schon begonnen haben dieses noch kostenfrei beenden können. Die Ermöglichung einer Kreditvergabe kann auch ein Teil der Lösung sein.

Wir fordern desweiteren, die Möglichkeiten zum Studium in Deutschland weiter auszubauen. Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) hat vor kurzem in ihrem neuen Bericht über die "Least Developed Countries" (LDC) die Bedeutung von Wissenschafts- und Bildungsprojekten sehr stark betont. Es wäre also ein guter Beitrag zur Entwicklungspolitik verstärkt Stipendien an ausländische Studienbewerber zu vergeben.